

nehmen stand mit 800 000 Mark Wert in den Reichstein-Bilanzen. Als Direktor des Unternehmens figurierte die Sekretärin des Texaners, Anna Datz, die von all dem gar nichts wußte.

In Frankfurt ermittelte der eigens aus Delaware herbeigelegene Staatsanwalt eine weitere Methode freihändiger Geldschöpfung. Um ein Vermögen von 1,2 Millionen Mark nachweisen zu können, zog Reichstein auf sein mit rund 59 000 Mark ausgestattetes Konto 72767 bei der Frankfurter Bank für Gemeinwirtschaft einen Wechsel über die benötigte Summe, zahlte sie auf das fast gleichlautende Konto 72767/1 ein, zeigte seinen Wohlstand vor, und bereits am nächsten Tag war das Aushilfskonto wieder gelöscht, während die Gewerkschaftsbank vom Konto 72767 die Wechselspesen abbuchte.

Sofort nach Abschluß der Ermittlungen entzog der US-Staat Delaware dem Reichstein die Lizenz. Das Bundeswirtschaftsministerium, dem bereits im Frühjahr vergangenen Jahres die Ergebnisse der Helm-Recherchen vorlagen, ließ das Schwindelunternehmen bis Ende November weiterwursteln. Und erst am Freitag letzter Woche hat eine Sonderkommission des Wirtschaftsministeriums beschlossen, das dubiose Unternehmen des mittlerweile nicht mehr auffindbaren Stuart Wellington Reichstein zu liquidieren.

## ZEITGESCHICHTE

### SS-KONZERN

#### Pfeffer aus Dachau

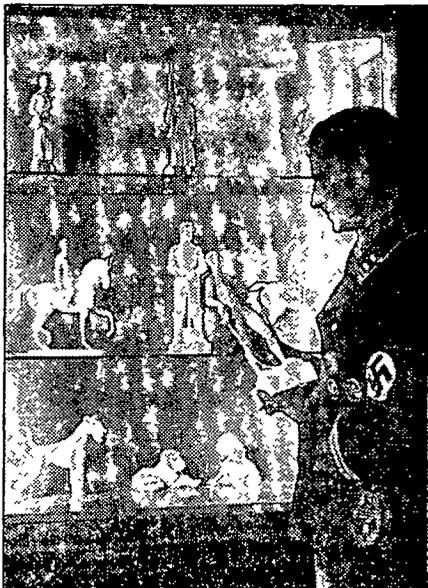
Vergeblich suchte Führer-Chauffeur und SS-Hauptsturmführer Anton Loibl die Industrie vom Wert seiner Erfindung zu überzeugen: Die Fabrikanten weigerten sich, die von dem Blutordensträger aus Bayern ersonnenen Rückstrahler für Fahrrad-Pedale in Produktion zu nehmen.

Hilfesuchend wandte sich der um das Wohl deutscher Radfahrer besorgte alte Kämpfer daraufhin an einen Spezi aus der Saalschlachtära: an den mittlerweile zum Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei aufgerückten Heinrich Himmler. Und Himmler wußte Rat.

Mit Polizei-Verordnung vom 13. November 1937 wurden Loibls Tretstrahler zum vorgeschriebenen Bestandteil aller deutschen Fahrräder. Zugleich mußten sich die Hersteller verpflichten, Lizenzgebühren an die vom „Persönlichen Stab des Reichsführers SS“ gegründete „Anton Loibl GmbH“ zu zahlen. Mit dem Gewinn (1939: 600 000 Reichsmark) finanzierte Himmler seine obskuren Zucht- und Rassevereine „Lebensborn“ und „Ahnenerbe-Stiftung“. Erfinder Loibl wurde mit einem Gewinnanteil und den Posten eines Mitgesellschafters und Mitgeschäftsführers abgefunden.

Die Quelle, die dank großdeutschen Radfahrerfleißes so munter sprudelte, brachte Himmler auf den Gedanken, auch anderswo Unternehmerprofite zu suchen. Der Erfolg blieb nicht aus. Gegen Ende des Krieges besaß die SS, wie aus einer vom Münchner Institut für Zeitgeschichte herausgegebenen Untersuchung hervorgeht, über 40 wirtschaftliche Unternehmungen mit insgesamt 150 Betrieben\*.

Im Kriegs-Geschäftsjahr 1943 brachte es der Schwarze Konzern, von dessen



Nippes aus der SS-Manufaktur Von Eheleuten erdient

Existenz nur wenige SS-Angehörige wußten, auf 86,7 Millionen Mark Umsatz und — nach Rücklage „stillter Reserven“ — auf 12,3 Millionen Mark Gewinn.

Ein Jahr vor dem Tretstrahlergeschäft hatte der „Persönliche Stab“ des SS-Chefs die kleine Porzellan-Manufaktur Allach-München erwerben müssen, deren Porzellan-Gebilde nach des Reichsführers persönlichem Geschmack hinfert das künstlerische Niveau im Vaterland heben sollten.

Als Glanzstück Himmlerscher Formgestaltung galten die „Jul-Leuchter“,



Tretstrahler-Erfinder Loibl, Erfindung An Radfahrern verdient

mit denen der Reichsführer verdiente SS-Leute zum Weihnachtsfest bedachte. Auch „Geburtsleuchter“ für fleißige SS-Eheleute ab viertem Kind und Nippes, wie „Fahnenträger“, „Polizeioffizier“ und „Finnischer Bär“, zählten zur Kollektion aus Himmlers Brennofen. Die erlesenen Stücke durften nicht verkauft, sondern nur dediziert werden.

Bei höherer Gunst änderte sich der Werkstoff der Präsente: Besonders bewährte SS-Führer empfingen den stählernen „Ehrendegen des Reichsführers SS“, der gleichfalls aus Eigenproduktion stammte. Eigens zur „Erhaltung der Kunst des Damastschmiedens“ richtete die SS im Oktober 1938 in Dachau eine Schwertschmiede ein, wo von Himmler auserwählte SS-Männer im Anfertigen von Damaszener-Klingen unterwiesen wurden.

Unternehmer Himmler hatte außerdem nach dem Aufbau des Konzentrationslagers Dachau einige Küchengärten anlegen lassen, in denen Häftlinge Heil- und Gewürzkräuter begießen mußten.

Der spätere Auschwitz-Kommandant Rudolf Höß, der in Dachau debütierte, erinnerte sich, Himmler habe damit „das deutsche Volk von gesundheitsschädigenden fremden Gewürzen und künstlichen Medikamenten abzubringen und auf den Gebrauch unschädlicher, wohlschmeckender deutscher Gewürze und natürlicher Heilkräuter... umzustellen“ versucht.

Dazu wurde im Januar 1939 die „Deutsche Versuchsanstalt für Ernährung und Verpflegung GmbH“ gegründet, die System in den Dachauer Gesundbrunnen brachte. Bereits im Sommer 1941 waren hier täglich 1000 Häftlinge eingesetzt. Gewächshäuser und ein Pflanzenforschungsinstitut wurden gebaut. Die nahegelegene Gewürzmühle Prittlbach produzierte bald Dachauer Pfeffer nach einem SS-eigenen Patentverfahren.

Auf Himmlers Befehl durfte in die Gulaschkanonen aller SS- und Polizeiformationen fortan nur die gewürzähnliche Dachauer Sämerei geschüttet werden. Auch die Wehrmacht mußte trotz anfänglichen Sträubens Himmlers Pfeffer schlucken. Der SS-Profit belief sich — abzüglich aller Investitionen — jährlich auf mehrere hunderttausend Mark.

Um den mit SS-Pfeffer erzeugten Durst zu löschen, wandte sich Himmler sodann der Produktion von Mineralwasser zu: Ende 1938 hatte die SS im Sudetenland aus einer Konkursmasse billig den Mineralwasserbrunnen Grün bei Marienbad gekauft und daraufhin das SS-Stammunternehmen für die Produktion alkoholfreier Getränke gegründet: Diese Firma — die „Sudetenquell GmbH“ — war fortan emsig damit beschäftigt, weitere Quellen zu erwerben oder zu pachten.

Zunächst diente die Produktion nur dazu, „die SS im Wege der Selbstversorgung mit billigem Mineralwasser zu versorgen“. Bald standen in den Fluren der Waffen-SS-Kasernen ständig Kästen mit Sprudelflaschen zum kostenlosen Verbrauch, was dem Getränk den Namen „Heinrich-Himmler-Sekt“ eintrug.

Wenig später ließ Himmler, der bei jeder Gelegenheit gegen un-deutschen Alkoholkonsum wettete, dies bescheidene

\* Enno Georg: „Die wirtschaftlichen Unternehmungen der SS“. Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Nummer 7, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart; 154 Seiten; 9,80 Mark.

Ziel hinter sich. Als die deutschen Brunnenfirmen seinen Vorschlag überhörten, die Brausepreise zu senken, wurde er selber in der Branche aktiv: damit für alle Volksgenossen „Mineralwasser nicht teurer ist als Bier“.

Zu diesem Zweck verschaffte Himmler 1943 dem Leiter des SS-Sprudel-Trusts, einem Oberführer Möckel, einen Pachtvertrag für die Apollinaris Brunnen AG in Bad Neuenahr. Die Firma, die vor dem Kriege jährlich 40 Millionen Flaschen abgesetzt hatte, konnte sich des Zugriffs nicht erwehren: Sie war als englisches Vermögen bei Kriegsbeginn beschlagnahmt und in Reichsverwaltung übernommen worden. Mit Hilfe der Apollinaris-Wässer beherrschte Himmler vom vierten Kriegsjahr an den deutschen Sprudelmarkt zu 75 Prozent.

Der Erfolg in der Erfrischungsbranche kam willkommen, denn lange Zeit hatten die wirtschaftlichen Unternehmungen der SS nicht gerade floriert. Sie wurden vielfach von Männern geleitet, die für ihre Tätigkeit statt kaufmännischer Vorbildung lediglich braune Gesinnung mitgebracht hatten.

Himmlers Verwaltungsamt der SS hatte unter dem ehemaligen Marine-Zahlmeister Oswald Pohl zahlreiche Betriebe vereinnahmt und zu neuen Unternehmen zusammengefaßt, so

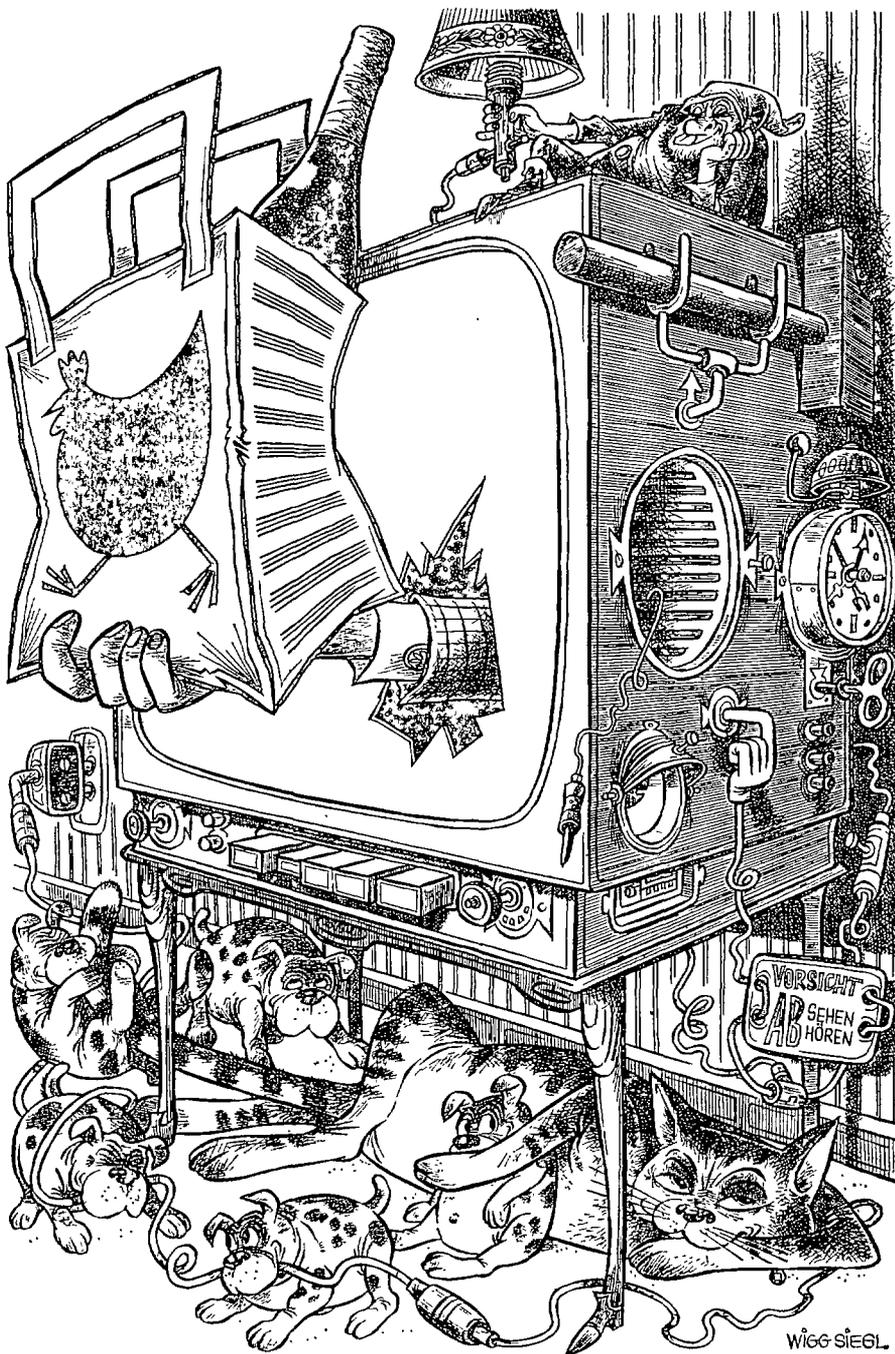
- ▷ 1938 die „Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH (DEST)“. Gesamtumsatz 1943: 14 822 000 Mark;
- ▷ 1939 die „Deutsche Ausrüstungswerke GmbH (DAW)“. Gesamtumsatz 1943: 23 204 032 Mark;
- ▷ 1939 die „Deutsche Versuchsanstalt für Ernährung und Verpflegung GmbH“ und
- ▷ 1940 die „Gesellschaft für Textil- und Lederverwertung GmbH“. Gesamtumsatz 1943: 8 818 550 Mark.

Die Bilanz der SS-Industrie sah bei Kriegsbeginn noch trübe aus: Ihre Verbindlichkeiten beliefen sich auf 23,5 Millionen Reichsmark. Um aus den roten Zahlen herauszukommen, wurden die verschiedenen Unternehmen in einer Holding-Gesellschaft vereint, die sich „Deutsche Wirtschaftsbetriebe GmbH (DWB)“ nannte und laut Satzung dem „Erwerb gewerblicher, landwirtschaftlicher oder forstwirtschaftlicher Unternehmungen“ nachging.

Himmlers Pohl kommandierte den Konzern streng nach dem Führerprinzip. Das SS-Kapital gedieh nun prächtig, obgleich die SS als Gliederung der NSDAP eigentlich kein selbständiger Vermögensträger sein durfte. Juristische Bedenken beantwortete der 1951 in Landsberg gehenkte SS-Manager stets mit der Floskel: „Das Recht, das für die SS gilt, ist noch nicht geschrieben.“

Im Jahr 1943, nach dem Apollinaris-Raid, konnte Pohl seinem Chef endlich den Durchbruch zum Gewinn melden. 12,3 Millionen Reichsmark hatte die SS im Jahr von Stalingrad verdient. Diesen Betrag mußte sie allerdings aufgrund der Kriegswirtschaftsverordnung bis auf 1,5 Millionen Mark an die Reichskasse abführen.

Diese Leistungen waren vor allem dem Umstand zu verdanken, daß die SS über billige Arbeitskräfte verfügte: KZ-Häftlinge. Sie zu pflegen, statt zu prügeln, war der Sinn einer von Pohl 1943 erlassenen Verordnung, die dienstwilligen KZlern für „Fleiß, Umsichtigkeit und gute Führung“ eine Reihe



## Das schönste Programm Wein und Hendl aus dem Wienerwald\*

\* In der Bundesrepublik und West-Berlin, in Österreich, der Schweiz, Holland und Belgien gibt es über 140 Wienerwald-Brathendlstationen.

Beliebte Spezialitäten sind: Knusprige Hendl frisch vom Spieß, saftige Wienerwald-Schnitzel und erlesene Weine aus besten Anbaugebieten.

Aber auch für zu Hause und unterwegs, als Geschenk und für Parties empfehlen wir goldbraune Hendl in der Warmhaltepackung und unser Sonderangebot an preiswerten Weinen.

Gaststätten zum  
**Wienerwald**

Dieses Symbol

bedeutet Qualität – ist Symbol für freundliche Gastlichkeit.



von Vergünstigungen, darunter auch Bordellbesuche, verhiß.

Die KZ-Bewacher mißverstanden den so plötzlich ausgebrochenen Humanismus. Sie reagierten mit sinkendem Dienstfeifer und rechtfertigten sich Kontrollleuren gegenüber mit dem Hinweis, es sei doch neuerdings verboten, die Häftlinge zur Arbeit anzutreiben.

In einem Runderlaß an alle Lagerkommandanten mußte die SS-Führung schließlich das Weltbild der Himmlerschen Prügelgardisten zurechtrücken. Faulenzende Häftlinge, so hieß es darin, müßten selbstverständlich zur Arbeit angehalten werden. Aber: „Daß es dabei verboten ist, den Häftling zu schlagen, zu stoßen oder zu berühren, ist selbstverständlich. Das Antreiben hat nur mit dem Wort zu geschehen...“

Bei Kriegsende liquidierten die Alliierten den SS-Konzern als Teil des NSDAP-Vermögens. Bund und Länder teilten sich später das Erbe, soweit unterdessen keine rechtmäßigen Besitzer aufgespürt worden waren.

Lediglich Anton Loibls Tretstrahler, mit denen die SS ihren Weg zur Wirtschaftsmacht begann, haben den Zusammenbruch überdauert. Sie sind noch heute für Fahrräder polizeilich vorgeschrieben.

## JUSTIZ

### GERSTENMAIER

#### Zeugen geladen

Roland Freisler, Präsident des Volksgerichtshofs, erhob sich und verkündete das Urteil: „Konsistorialrat Eugen Gerstenmaier wird zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt.“

„Gerstenmaier“, notierte der von NS-Parteikanzlist Martin Bormann entsandte Prozeßbeobachter, „hatte wohl mit der Todesstrafe gerechnet. Er war sichtlich erschüttert.“

Das war am 11. Januar 1945. Der Prozeß gegen die Mitglieder des Kreisauer Kreises, einer Widerstandsgruppe gegen Adolf Hitler, war beendet. Drei seiner Mitglieder wurden zum Tode verurteilt, drei weitere, unter ihnen Gerstenmaier, erhielten lange Freiheitsstrafen.

Knapp 19 Jahre später, Ende Januar nächsten Jahres, werden sich Kieler Juristen mit der gleichen Materie zu beschäftigen haben, die 1944 dem Volksgerichtshof vorlag. Diesmal freilich auf Antrag des damals Verurteilten.

Der Bundestagspräsident hat beim Kieler Landgericht beantragt, den in Schleswig-Holstein lebenden Fallschirmjäger-General außer Diensten Bernhard Ramcke und dessen Kieler Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Massmann wegen Beleidigung zu bestrafen.

Brillantenträger Ramcke, der 1944 die bretonische Hafenstadt Brest verteidigte, bis sie in Schutt und Trümmern lag, hat den Bundestagspräsidenten wiederholt in Schreiben an offizielle Kreise der Evangelischen Kirche in Deutschland beschuldigt, „1945 und später die Öffentlichkeit durch unwahre Angaben über seinen Widerstand gegen den Nationalsozialismus irreführt zu haben“.

Die Aussagen, die Gerstenmaier der Gestapo nach seiner Verhaftung am



Kläger Gerstenmaier  
Der Präsident verlangt ...

20. Juli 1944 in der Berliner Bendlerstraße zu Protokoll gab, hätten „tatsächlich an Offenheit und Ehrlichkeit nichts zu wünschen“ übriggelassen, der „Gestapo und damit auch dem Volksgerichtshof wertvolle Dienste zur Aufklärung des Umsturzversuchs“ geleistet und zur „Ermittlung damit im Zusammenhang stehender Personen beige-tragen“.

Der Fallschirmjäger-Veteran, der seine nationale Einstellung heute durch Funktionärsdienste für Adolf von Thaddeus Deutsche Reichs-Partei (DRP) dokumentiert, benutzte für seine Beschuldigungen gegen Gerstenmaier Unterlagen, die auch das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ und der Erste Stellvertretende DDR-Außenminister Otto Winzer von Zeit zu Zeit gegen den Bundestagspräsidenten ausspielen.

Diese Unterlagen berichten aber nur sibyllinisch von Gerstenmaiers Aussagen. So soll der Kirchenmann über

einen Personenkreis, der sich beim geistigen Mentor der Kreisauer, Graf Helmuth von Moltke, versammelte, ausgesagt haben: „Es ist bestimmt kein Zweifel, daß sämtliche Teilnehmer an diesen Zusammenkünften keine innere Beziehung zum Nationalsozialismus hatten.“

Aus dieser Einlassung folgerten Ramcke, Winzer und „Neues Deutschland“, Gerstenmaier habe seine Mitverschwörer denunziert. Ähnlich wie vor ihm Winzer, verlangte Fallschirmjäger-Held Ramcke in einem Schriftsatz an die Oberen der deutschen Protestanten, Gerstenmaier zu maßregeln. Doch die Kirche erwiderte schon 1958: „Die Synode hält eine Behandlung der jahrelang zurückliegenden Vorgänge nicht für angebracht.“

Gerstenmaier war anderer Meinung. Beim Kieler Landgericht reichte er seinen Strafantrag gegen Ramcke und den Rechtsanwalt Massmann ein, der die Eingaben des Fallschirmjägers an die Evangelische Kirche formuliert hatte.

In einem Schriftsatz legte Gerstenmaier seine Erinnerungen an die fragliche Zeit nach der Verhaftung nieder: „Statt am Morgen des 21. Juli 1944, wie angekündigt und erwartet, gehängt zu werden, wurde ich zu einem Verhör vor einen großen Kreis von SS- und Gestapoleuten gestellt... Da ich einen Vertrat an meinen Freunden nicht in Betracht ziehen durfte, verlegte ich mich auf eine konsequente Irreführung.“

In den folgenden zwei Monaten sei es im Hauptquartier der Gestapo in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße mehrmals zu verschärften Vernehmungen gekommen, da er sich geweigert habe, Aussageprotokolle des Widerständlers Dr. Goerdeler zu bestätigen. Bei einer dieser Vernehmungen wurde Gerstenmaier über einen Tisch gezerrt und ausgepeitscht.

Der Bundestagspräsident — juristisch beraten von dem ehemaligen Widerstandskämpfer und heutigen Wiesbadener Anwalt Fabian von Schlabrendorff — schließt seinen Schriftsatz mit der Aufforderung, namhafte Persönlichkeiten der geistlichen Opposition gegen Hitler als Zeugen zu laden. Neben anderen prominenten Protestanten werden auch der hessen-nassauische Kirchen-



... die Bestrafung des Generals: Beklagter Ramcke